

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Bonn, den 13. September 1952

7 - 81404 - 1659/52 II

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: Pensionskasse Deutscher Privateisenbahnen
- Nrn. 2334, 3444 der Drucksachen -

Durch Beschluß des Deutschen Bundestages in seiner 219. Sitzung am 18. Juni 1952 wurde die Bundesregierung beauftragt,

- a) dem Bundestag beschleunigt einen Gesetzentwurf über die endgültige Regelung der Verhältnisse der Pensionskasse Deutscher Privateisenbahnen vorzulegen;
- b) bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes durch eine Übergangslösung sicherzustellen, daß auch über den 1. Juli 1952 hinaus die Verpflichtungen der Pensionskasse Deutscher Privateisenbahnen gegenüber den Pensionären erfüllt werden können.

Als Übergangsregelung zu b) ist die Erfüllung der laufenden Verpflichtungen und der rückständigen Leistungen der Pensionskasse durch eine Vereinbarung, die der Herr Bundesminister der Finanzen am 10. Juli 1952 mit dem Herrn Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen getroffen hat, sichergestellt worden. Die hierfür erforderlichen Beträge werden der Kasse aus Mitteln des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellt.

Die Vorlage des Gesetzentwurfs über die endgültige Regelung der Verhältnisse der Pensionskasse Deutscher Privateisenbahnen wird mit möglichster Beschleunigung betrieben.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Blücher